

weitergehend Nachteile der Kindererziehung grundsätzlich über die Berücksichtigung im Einkommenssteuerrecht und nicht über kompensierende Kindergeldregelungen auszugleichen¹⁶⁰ oder in bestimmten Situationen, etwa der Ausbildung, erhöhte Kinderfreibeträge vorzusehen.¹⁶¹

Sollen bestimmte soziale Förderungszwecke¹⁶² verfolgt werden, darf nicht übersehen werden, daß positive Leistungen einerseits und negative Verschonungen andererseits unterschiedlichen Ansätzen folgen.¹⁶³ Über den vom Gesetzgeber zu beachtenden Grundsatz der Systemkonsistenz¹⁶⁴ kann es deshalb zu unterschiedlichen Verteilungswirkungen kommen, je nachdem auf welchem Wege die Förderung erfolgt.

D. Übergeordnete normative Vorgaben

I. Verfassungsrechtliche Bezugspunkte

Bezogen auf die angesprochenen Dimensionen der Verantwortungsteilung¹⁶⁵ existieren grundsätzlich zwei Ansatzpunkte für verfassungsrechtliche Vorgaben, naturgemäß allerdings abhängig von der Eigenart und Wirkungsweise des nationalen Verfassungsrechts. Zum einen können grundrechtliche Verbürgungen von Bedeutung sein. Sie garantieren nicht nur Kindern eigene Rechte, sondern auch den Familien und Eltern, möglicherweise verbunden mit Pflichten. Beide Gruppen von Grundrechtsadressaten erhalten damit Abwehrpositionen gegenüber hoheitlichen Maßnahmen und – zunehmend international anerkannt, wenn auch unterschiedlich national grundrechtsdogmatisch ausbuchstabiert – weitere rechtliche Positionen, insbesondere Rechte auf Schutz und möglicherweise auch auf Förderung. Dazu kommen, unter Umständen in der Form

160 Pechstein, Familiengerechtigkeit als Gestaltungsgebot für die staatliche Ordnung, 1998, S. 291 m.w.N.

161 Kirchhof, in: Marré/Stüting (Hrsg.), Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche (21), 1986, S. 117 ff.; Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, Kinderfreibetrag und Grundgesetz, 1989, S. 15 ff.; Willeke/Onken, Allgemeiner Familienlastenausgleich in der BRD, 1990, S. 157; Kirchhof, ZRP 2003, S. 73 ff.

162 Zunehmend relevant wird das bei Leistungen der Existenzsicherung für Erwerbsfähige; grundl. zur negative income tax schon Friedman, in: Bunzel (ed.), Issues of American Public Policy, 1966.

163 Schnabel, Familienlastenausgleich – Anspruch und Wirklichkeit seit 100 Jahren, 1987, S. 21 ff.; Oberhauser, in: Kleinhenz, FS Lampert (Fußn. 59), S. 185 ff.; Schäfer, Familienlastenausgleich in der BRD, 1996, S. 85 ff.; Renner, Familienlasten- oder Familienleistungsausgleich?, 2000, S. 6 ff.; Dingeldey, Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich, 2002, S. 154 ff.; Tünnemann, Der verfassungsrechtliche Schutz der Familie und die Förderung der Kindererziehung im Rahmen des staatlichen Kinderleistungsausgleichs, 2002, S. 37 ff.

164 Dazu Becker, in: Wulffen/Krasney (Hrsg.), Festschrift 50 Jahre BSG, 2004, S. 77 ff., 83.

165 Vgl. oben C.II.1.

weiterer unmittelbar durchsetzbarer Rechte, im übrigen in der Form programmatischer Vorgaben, Verpflichtungen des Staates zur Förderung gesellschaftlicher Institutionen und zur Gewährleistung bestimmter Güter und Dienstleistungen. Das bezieht sich insbesondere auf den sozialen Schutz und die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen. In ihrer Gesamtheit können entsprechende verfassungsrechtliche Grundsätze und Grundrechte die staatliche Aufgabe der Kindesförderung begründen und umreißen, während deren Konkretisierung und Umsetzung der gesetzlichen Festlegung bedarf.

Der zweite, das Staat-Bürger-Verhältnis ergänzende und dessen Durchführung steuernde Ansatzpunkt betrifft staatsorganisationsrechtliche Vorgaben. Sie können schon deswegen nicht außer acht bleiben, weil die Förderung von Kindern, wie vorstehend näher ausgeführt, eine komplexe Aufgabe darstellt.¹⁶⁶ Ihre Wahrnehmung ist in ausdrücklich föderal organisierten Staaten auf verschiedene Hoheitsträger verteilt, und auch in anderen Ländern spielen auf mittlerer, national-regionaler Ebene angesiedelte Verwaltungsträger mit mehr oder weniger umfassender Autonomie eine Rolle. Immer sind zudem an ihr die Kommunen beteiligt, die je nach ihrer verfassungsrechtlichen Stellung über ein größeres oder geringeres Maß an Eigenständigkeit verfügen. Damit gewinnt die Frage, wie die Zuständigkeiten innerstaatlich verteilt sind und wie verschiedene Gestaltungs- und Regelungsebenen geordnet werden, auch im Zusammenhang mit der Förderung von Kindern eine unter Umständen sogar erhebliche Bedeutung.

II. Supra- und internationale Vorgaben

1. Normative Ansätze der EU

Weder für die Errichtung von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen noch von Sozialleistungssystemen besitzt die Europäische Union (EU) eine umfassende Kompetenz. Da das Feld möglicher staatlicher Interventionen zur Förderung von Kindern aber sehr breit ist und zudem Kinder besonders rechtlich geschützt werden, existieren für die hier interessierende Thematik einige unionsrechtliche Vorgaben (a)), die allerdings naturgemäß nicht umfassend und in sich geschlossen angelegt sind. Dazu kommen eine Reihe politischer Instrumente, die für nationale Maßnahmen Standards und Ziele setzen können (b)).¹⁶⁷

166 Vgl. zur Rolle des Staatsaufbaus im Zusammenhang mit der Sozialleistungsgewährung nur Becker, Staat und autonome Träger (Fußn. 126), S. 444 ff.

167 Allgemein zur Funktionsweise dieser Ansätze Becker, in: SDSRV 59 (2010), S. 89, 96 ff.

Zusätzlich existiert eine Informationsplattform, geschaffen als „Europäische Allianz für Familien“¹⁶⁸, die Anfang 2013 mit dem Sozialinvestitionspaket in der „Europäischen Plattform für Investitionen für Kinder (EPIC)“¹⁶⁹ aufgegangen ist. Außerdem ist hervorzuheben, daß sich die Europäische Kommission in allgemeiner Form für eine Stärkung der Rechte von Kindern einsetzt. So hat sie im Jahr 2006 die Einführung einer „Kinderrechtsstrategie“ angeregt¹⁷⁰ und im Jahr 2011 eine „EU-Agenda für die Rechte des Kindes“ ins Leben gerufen.¹⁷¹ Auch im Hinblick auf die Förderung der Kinderrechte durch Elternförderung gibt es unionsrechtliche Ansätze.¹⁷²

a) Primärrechtlich wird der Schutz der Kinder als Ziel der Union ausdrücklich verankert (Art. 3 Abs. 3 UAbs. 2, Abs. 5 EUV).¹⁷³ Dieser Schutz wird näher und durch Art. 24 der EU-Grundrechtecharta (GRC) in verschiedener Hinsicht grundrechtlich konkretisiert.¹⁷⁴ Ergänzt wird er durch einige spezielle Bestimmungen der GRC: durch das Recht auf Bildung (Art. 14 GRC), das Kinderarbeitsverbot und den Schutz von Jugendlichen am Arbeitsplatz (Art. 32 GRC), ferner durch den rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schutz der Familie (Art. 33 Abs. 1 GRC)¹⁷⁵ und einen Anspruch auf Eltern- und Mutterschutzzurlaub (Art. 33 Abs. 2 GRC).

168 2007 unter der Ratspräsidentschaft Deutschlands gegründet als „Plattform für den Gedanken- und Erfahrungsaustausch über familienfreundliche Praktiken und für den Austausch bewährter Praktiken unter den Mitgliedstaaten“ (vgl. 9317/1/07 REV 1) mit der letzten erkennbaren Aktivität aus dem Jahr 2012 (<http://family2014.org/egmb/GP9-EuropeanAllianceFamilies.pdf>; Stand: 30.06.2014).

169 Vgl. dazu <http://www.bmfj.gv.at/familie/vereinbarkeit-familie-beruf/europaeische-plattform-fuer-investitionen-in-kinder-epic.html> (Stand: 30.06.2014).

170 KOM(2006) 367 endg.: Betonung, unter Berufung u.a. auf die UN-KRK und die EMRK (vgl. nachfolgend D.II.2.), der Rechte der Kinder als eigenständige Belange und nicht nur als Teil der allgemeinen Berücksichtigung der Menschenrechte als Priorität der EU; nach Ansicht der Kommission statuieren die EMRK und die UN-KRK nicht nur ein Verbot der Verletzung der Kinderrechte, sondern diese seien allgemein im politischen Tätigwerden zu beachten.

171 KOM(2011) 60 endg.: Unter Berufung auf Art. 24 GRC und die UN-KRK, deren Maßgeblichkeit aus der Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedsstaaten folge, folgen konkrete Vorschläge von vielfältigen Maßnahmen in Form von z.B. kindgerechterer Beteiligung im Justizsystem, Verhinderung von Diskriminierung für Roma-Kinder, Schutz vor Gefahren durch die Informationsgesellschaft (Internet, soziale Netzwerke, Videospiele etc.), Einsatz der EU für Kinderrechte in Drittstaaten (insbesondere Bekämpfung von Kinderarbeit, Kindersoldatentum, Sextourismus).

172 Vgl. *Eurofound* (Hrsg.), Parenting support in Europe, 2013 (abrufbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2012/701/en/1/EF12701EN.pdf>; Stand: 11.7.2014).

173 Dazu und zur Bedeutung der Zielsetzungen *Becker*, in: *Schwarze u.a.* (Hrsg.), EU Kommentar, 3. Aufl. 2012, Art. 3 EUV, Rdnr. 14 und 16.

174 Wobei allerdings die rechtliche Einordnung als einzelne Grundrechte umstritten ist, vgl. nur *Ross*, in: *Schwarze u.a.* (Hrsg.), EU-Kommentar (Fußn. 173), Art. 24 GRC, Rdnr. 3 m.w.N.

175 Auch insofern ist die rechtliche Qualität umstritten: für einen Grundsatz *Knecht*, in: *Schwarze u. a.* (Hrsg.), EU-Kommentar (Fußn. 173) Art. 33 GRC Rdnr. 7; *Kingreen*, in: *Calliess/Ruffert* (Hrsg.), EUV/AEUV, 4. Aufl. 2011, Art. 33 GRC Rdnr. 2; *Jarass*, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Kommentar, 2. Aufl. 2013, Art. 33 GRC Rdnr. 3; *Renner/Bergmann/Dienelt/Berg*

Sekundärrechtlich existieren Vorgaben für den Mutterschutz, die allerdings keine familienpolitischen Ziele verfolgen (RL 92/85/EWG)¹⁷⁶, und für den Elternurlaub, wobei die im Jahr 2010 neu gefaßte RL 2010/18/EU¹⁷⁷ eine im sozialpartnerschaftlichen Dialog getroffene Rahmenvereinbarung durchführt. Insofern konzentriert sich die Gesetzgebung der EU auf die Freistellung der Eltern für Geburt und Erziehung von Kindern. Sie setzt damit, der Verteilung der Kompetenzen zwischen Union und Mitgliedstaaten folgend, am Arbeitsverhältnis an.

b) Verschiedene weichere Steuerungsinstrumente beschäftigen sich ebenfalls mit der Erwerbstätigkeit. Zu nennen sind zunächst die beschäftigungspolitischen Leitlinien, die gem. Art. 148 Abs. 2 S. 1 AEUV von den Mitgliedstaaten „in ihrer Beschäftigungspolitik“ zu „berücksichtigen“ sind.¹⁷⁸

Dazu kommen die programmatischen Ansätze in der Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum (sog. Europa 2020).¹⁷⁹ Sie zielen ebenfalls auf eine Steigerung der Frauenerwerbsquote und heben in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Zugangs zu Kinderbetreuungseinrichtungen hervor und betonen die Wichtigkeit des Kampfes gegen Kinderarmut.¹⁸⁰

Sehr viel älter ist die ebenfalls programmatisch angelegte Formulierung der sog. Barcelona-Ziele.¹⁸¹ Auch wenn sie zum Teil durch neuere Empfehlungen überholt worden sind, verdienen sie wegen ihrer genauen Fassung, insbesondere was die Verbesserung des Betreuungsangebots angeht, Erwähnung. So sollten die Mitgliedsstaaten zur Beseitigung von Hemmnissen für die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben das Versorgungsangebot für die Kinderbetreuung auf mindestens 90% (Kinder ab 3 Jahre bis Schule) bzw. 33 % (Kinder unter 3 Jahren) bis 2010 ausbauen.¹⁸²

mann, Ausländerrecht, 10. Aufl. 2013, Art. 33 GRC Rdnr. 1; zur Auslegung als verbindliches Ge-
bot der Familienförderung *Brosius-Gersdorf*, Demografischer Wandel und Familienförderung
(Fußn. 47), S. 632 ff.

176 V. 19.10.1992, ABl. L 348/1.

177 V. 8.3.2010, ABl. L 68/13, unter Aufhebung der früheren RL 96/34/EG.

178 Vgl. zur Bedeutung dieser Verpflichtung *Becker*, in: Renten in Europa, Die offene Methode der Koordinierung im Bereich Alterssicherung – Bilanz und Perspektiven, DRV Schriften Bd. 92 (2011), S. 19, 24 ff.

179 KOM(2010) 2020 endg.

180 KOM(2010) 2020 endg., S. 13, 21 f. der deutschen Fassung.

181 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat, 15./16.03.2002; SN 100/1/02 REV 1.

182 Vgl. dazu den Bericht der Kommission an das Europäische Parlament zur Umsetzung dieser Ziele (KOM (2008), 638 endg.) mit dem Ergebnis, daß die Forderungen bis dahin nur von wenigen Mitgliedsstaaten erfüllt wurden, insbesondere was die Betreuung von unter 3-Jährigen betraf.

2. Völkerrechtliche Regelungen

Die hier interessierenden völkerrechtlichen Vorgaben lassen sich zum einen nach ihrer Herkunft und, damit verbunden, dem räumlichen Anwendungsbereich, zum anderen nach ihrem Themenbezug systematisieren.

a) Den wichtigsten völkerrechtlichen Stützpfiler für die Gewährung von Kinderrechten stellt das im Rahmen der Vereinten Nationen geschaffene Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention, UN-KRK) vom 20.11.1989¹⁸³ dar. Seine Bedeutung liegt darin, daß es, anknüpfend an die Genfer Erklärung zum Schutz des Kindes aus dem Jahr 1924¹⁸⁴ und an die fast genau 30 Jahre zuvor von den Vereinten Nationen abgegebene Erklärung zum selben Gegenstand¹⁸⁵ den besonderen Schutzbedarf von Kindern betont¹⁸⁶ und rechtliche Vorkehrungen zu dessen Abdeckung vorsieht.¹⁸⁷ Sie ist damit das bis jetzt wichtigste Beispiel eines auf eine Altersgruppe zugeschnittenen Schutzinstruments, das über die Zeit erweitert wird¹⁸⁸ und vielen weiteren Regelungen als Vorbild diente, vor allem auch dem vorstehend erwähnten Art. 24 GRC. Das Übereinkommen wurde in allen Vergleichsländern ratifiziert.¹⁸⁹ Es verpflichtet die Staaten zur Achtung der Rechte des Kindes¹⁹⁰ und zu dessen Schutz (Art. 2).¹⁹¹ In seinem Art. 3 wird sowohl das Kindeswohl als zentraler Orientierungspunkt betont wie das Zusammenspiel zwischen elterlichem Erziehungsauftrag¹⁹² und Unterstützung durch private und öffentliche Institutionen hervorgehoben. Die Aufga-

183 V. 20.11.1989, UNTS Bd. 1577, S. 3 (auch abrufbar unter: <https://treaties.un.org/>); zur deutschen Fassung Zustimmungsgesetz v. 17.2.1992 (BGBl. II, S. 121).

184 V. 26.09.1924, League of Nations, OJ Spec. Suppl. 21, S. 42.

185 Erklärung zum Schutz der Rechte des Kindes v. 20.11.1959, GA Res. 1386/XIV, UN Doc. A/4354 (1959).

186 Vgl. zum entstehungsgeschichtlichen Hintergrund die Denkschrift zu dem Übereinkommen, BT Drucks. 12/42, S. 29 f.

187 Dazu und der Einbettung in die Aktivitäten von UNICEF zur Bewahrung des Kindeswohls (allerdings bezogen auf die Erklärung von 1959) auch Köhler, Sozialpolitische und sozialrechtliche Aktivitäten in den Vereinten Nationen, 1987, S. 621, 624 f.

188 Vgl. die Fakultativprotokolle Nr. 1 (Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, A/RES/54/263, v. 25.2.2000, UNTS Bd. 2173, S. 222), Nr. 2 (Verkauf von Kindern, Kinderprostitution-/pornographie, v. 25.5.2000, UNTS Bd. 2171, S. 227) und Nr. 3 (Individualbeschwerde, A/RES/66/138, 2011), erst jüngst nach der Ratifizierung durch Costa Rica als 10. Staat am 14.4.2014 in Kraft getreten).

189 Zum Ratifikationsstand: https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-11&chapter=4&lang=en.

190 Auch in verfahrensrechtlicher Hinsicht, vgl. Art. 12.

191 Vgl. auch die Abstufung der Verpflichtungen in Art. 4. Dazu *Committee on the Rights of the Child* (Hrsg.), General Comment No. 5 (2003), S. 1 ff. (CRC/GC/2003/5; abrufbar unter: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G03/455/14/PDF/G0345514.pdf?OpenElement>; Stand: 2.7.2014).

192 Zum Aufenthaltsbestimmungsrecht der Eltern Art. 9-11; zur Wächterrolle des Staates Art. 18 ff.

beteiligung kommt in den im Zusammenhang mit der Förderung von Kindern besonders hervorzuhebenden Rechten des Kindes auf soziale Sicherheit (Art. 26) und „auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard“ (Art. 27), der in erster Linie durch die Eltern zu verwirklichen ist (Abs. 2), die dazu aber von den Vertragsstaaten unterstützt werden müssen (Abs. 3), zum Ausdruck. Das Recht auf Bildung und dessen Ausrichtung werden gesondert geregelt (Art. 28-30).¹⁹³

b) Die in der UN-KRK enthaltenen Grundrechte finden sich in allgemeinerer Form auch in den universellen und regionalen Menschenrechtsabkommen. Im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte¹⁹⁴ werden Kinder im Zusammenhang mit der Auflösung von Ehen erwähnt, weil die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang für deren Schutz Sorge zu tragen haben (Art. 23 Abs. 4 S. 2). Die EMRK¹⁹⁵ erwähnt Kinder zwar ebenfalls nur am Rande ausdrücklich,¹⁹⁶ der EGMR erkennt aber deren eigenständige Rolle im Rahmen der Rechtsdurchsetzung mittlerweile an.¹⁹⁷ Zudem kann das Kindeswohl als öffentlicher Belang dazu dienen, Menschenrechtsverbürgungen einzuschränken.¹⁹⁸ Die ESC¹⁹⁹ stellt Familien insgesamt unter besonderen staatlichen Schutz und weist damit zumindest mittelbar auf die Bedeutung von Betreuungsangeboten hin (Art. 16)²⁰⁰. Sie betont ferner gesondert den sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz von Kindern, was vor allem im Zusammenhang mit Betreuung, Ausbildung und Erziehung von Bedeutung ist. Auch nach dem Internationalen Pakt

193 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die UN Millennium Development Goals (2000, A/RES/55/2): bis 2015 soll die Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleistet sein sowie die Kindersterblichkeit um zwei Drittel gesenkt werden.

194 V. 19.12.1966, UNTS Bd. 999, S. 171; BGBl. 1973 II, S. 1533.

195 ETS Nr. 005, zuletzt ergänzt durch das 14. Zusatzprotokoll, CETS No. 194.

196 Ausdrücklich erwähnt werden Kinder nur in Art. 5 des 7. Zusatzprotokolls, der aber keine eigenen Rechte für Kinder, sondern die Gleichberechtigung der Ehegatten bzgl. ihrer Kinder regelt.

197 Vgl. allgemein *Dethloff/Maschwitz*, FPR 2012, S. 193. Zur Auslegung der EMRK im Lichte der UN-KRK *Kilkenny*, Human Rights Quarterly 2001, S. 308 ff. Augenscheinlichstes Beispiel für den Schutz von Kinderrechten durch die EMRK ist das Vereinigte Königreich, das die UN-KRK zwar ratifiziert, aber nicht ins nationale Recht umgesetzt hat (vgl. dazu *Fortin*, Children's Rights and the Developing Law, 3. Aufl. 2009, S. 47 f.); die Umsetzung von Kinderrechten wird dabei primär durch die EMRK gewährleistet, (vgl. *Lyon*, Journal of Social Welfare & Family Law 2007, No. 2, S. 99 ff., mit Fallbeispielen wie rechtswidriger dauerhafter Unterbringung von Kindern in Heimen und dem Recht Jugendlicher auf eigenständige Interessenwahrnehmung vor Gericht), wobei die (britischen) Gerichte bei der EMRK-Anwendung explizit die UN-KRK heranziehen.

198 *Grabenwarter*, Art. 8 EMRK, Rdnr. 90, *Grabenwarter/Pabel*, EMRK, § 22 Rdnr. 40 bzw. auch EGMR v. 26.7.2007, Nr. 58077/00 – Chepelev/Russland, Rdnr. 33 ff.

199 Revidierte Fassung v. 3.5.1996, ETS Nr. 163.

200 Vgl. Children's rights under the European Social Charter, Information Document prepared by the Secretariat of the ESC, S. 1 (www.coe.int/t/dghl/monitoring/socialcharter/Theme%20factsheets/FactsheetChildren_en.pdf; Stand: 30.06.2014).

über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte²⁰¹ soll die Familie als natürliche Kernzelle der Gesellschaft größtmöglichen Schutz und Beistand genießen (Art. 10 Nr. 1). Dessen Art. 13 verpflichtet die Vertragsstaaten, das Recht auf Bildung anzuerkennen, eine verpflichtende, unentgeltliche und allen offenstehende primäre Bildung vorzusehen und auch die weitere Bildung möglichst auszubauen.

Eine Reihe spezieller völkerrechtlicher Verträge ergänzt die Bestimmungen, um die Rechtsstellung der Kinder in verschiedener Hinsicht zu verbessern. Zu nennen sind zum einen die durch die Haager Konferenz für Internationales Privatrecht erarbeiteten Übereinkommen²⁰², zum anderen die im Rahmen des Europarats²⁰³ geschlossenen Abkommen, insbesondere das Übereinkommen über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder (ETS Nr. 085, 1975), das europäische Übereinkommen über die Adoption von Kindern (revidiert ETS Nr. 202, 2008), das Übereinkommen über den Umgang von und mit Kindern (ETS Nr. 192, 2003), das Europäische Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (ETS Nr. 105, 1980), das Übereinkommen des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (ETS Nr. 201, 2007), sowie das Europäische Übereinkommen über die Ausübung von Kinderrechten (ETS Nr. 160, 1996).

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß sich die IAO um eine Konkretisierung des in der UN-KRK und anderen Verträgen enthaltenen Rechts auf Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung bemüht. Das Übereinkommen Nr. 138²⁰⁴ über das Mindestalter bei der Zulassung zur Beschäftigung verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Abschaffung der Kinderarbeit (Art. 1) und legt das Mindestalter für die Beschäftigung der nachwachsenden Generation fest (Art. 3 und 6). Nach dem Übereinkommen Nr. 182²⁰⁵ über das Verbot und die unverzügliche Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit hat jeder Mitgliedstaat wirksame Maßnahmen zu treffen, um die schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu verbieten und zu beseitigen.²⁰⁶

201 V. 16.12.1966, UNTS Bd. 993, S. 3.

202 Beispielsweise über Maßnahmen für den Schutz von Kindern und die Zuständigkeiten hierfür, die Geltendmachung und Vollstreckung von Unterhaltsansprüchen; ein Überblick hierüber findet sich auf: http://www.hcch.net/index_de.php?act=text.display&tid=10#family (Stand: 19.06.2014).

203 Der sich neben den Abkommen auch sonst für die Kinderrechte einsetzt, vgl. z.B. Strategy for the Rights of the Child (2012-2015), CM(2011) 171 fin.

204 V. 26.6.1973, in Kraft seit 19.6.1976 (veröffentlicht unter: <http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/convdisp1.htm>).

205 V. 17.6.1999, in Kraft getreten am 19.11.2000 (veröffentlicht unter: <http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/convdisp1.htm>).

206 Dieses Verbot zählt auch zu den Kernverpflichtungen der Staaten im Rahmen der IAO (*core labour standards*), vgl. dazu nur ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work (<http://www.ilo.org/declaration/lang--en/index.htm>).

Literaturverzeichnis

- Alewell, Dorothea /Pull, Kerstin, An International Comparison and Assessment of Maternity Leave Legislation, Comparative Labour Law and Policy Journal 22 (2001), S. 297 ff.
- Arndt, Joachim, Das Familienkreditmodell, Berlin 1995.
- Axer, Peter, Soziale Gleichheit: Voraussetzung oder Aufgabe der Verfassung?, in: VVDStRL 68, Erosion von Verfassungsvoraussetzungen, Berlin 2009, S. 177 ff.
- Baer, Susanne, Demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit, in: VVDStRL 68, Erosion von Verfassungsvoraussetzungen, Berlin 2009, S. 290 ff.
- Bahle, Thomas, Familienpolitik in Westeuropa, Frankfurt am Main 1995.
- Bauer, Eckart, Konzeptionelle Grundfragen eines Kinderlastenausgleichs im Rahmen einer umlagefinanzierten zwangsweisen Rentenversicherung, Berlin u.a. 2000.
- Becker, Andrea, Mutterschaft im Wohlfahrtsstaat, Berlin 2000.
- Becker, Gary/Murphy, Kevin M., The family and the state, Journal of Law and Economics, 1988, S. 1 ff.
- Becker, Ulrich, Staat und autonome Träger im Sozialleistungsrecht, Baden-Baden 1996.
- Becker, Ulrich, Selbstbindung des Gesetzgebers im Sozialrecht, in: Wulffen, Matthias von/Krasney, Ernst Otto (Hrsg.), Festschrift 50 Jahre BSG, Köln 2004.
- Becker, Ulrich, Generalbericht unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in Deutschland, in: Schlachter, Monika/Becker, Ulrich/Igl, Gerhard (Hrsg.), Funktion und rechtliche Ausgestaltung zusätzlicher Alterssicherung, Baden-Baden 2005.
- Becker, Ulrich, Nationale Sozialleistungssysteme im europäischen Systemwettbewerb, in: Becker, Ulrich/Schön, Wolfgang (Hrsg.), Steuer- und Sozialstaat im europäischen Systemwettbewerb, Tübingen 2005, S. 19.
- Becker, Ulrich, Rechtsdogmatik und Rechtsvergleich im Sozialrecht, in: Becker, Ulrich (Hrsg.), Rechtsdogmatik und Rechtsvergleich im Sozialrecht I, Baden-Baden 2010, S. 11 ff.
- Becker, Ulrich, Sozialrecht und Sozialrechtswissenschaft, ZÖR 65 (2010), S. 607 ff.
- Becker, Ulrich, Standards und Prinzipien des europäischen Sozialrechts, in: Sozialrecht in Europa, SDSRV 59, Berlin 2010, S. 89 ff.
- Becker, Ulrich, Renten in Europa, Die offene Methode der Koordinierung im Bereich Alterssicherung – eine Zwischenbilanz aus Sicht der Wissenschaft, in: Renten in Europa, Die offene Methode der Koordinierung im Bereich Alterssicherung – Bilanz und Perspektiven, DRV Schriften Bd. 92 (2011), S. 19 ff.
- Becker, Ulrich, Organisation und Selbstverwaltung der Sozialversicherung, in: Maydell, Bernd Baron von/Ruland, Franz/Becker, Ulrich (Hrsg.), SRH, 5. Auflage, Baden-Baden 2012, S. 673 ff.
- Becker, Ulrich, § 1: Einführung, in: ders./Roth (Hrsg.), Recht der Älteren, Berlin/Boston 2013, S. 3 ff.
- Becker, Ulrich, Zulässigkeit und Finanzierung der Erweiterung kommunaler Aufgaben im deutschen Bundesstaat, in: Durner, Wolfgang/Peine, Franz-Joseph/Shirvani, Foroud (Hrsg.), Freiheit und Sicherheit in Europa, FS für Hans-Jürgen Papier, Berlin 2013, S. 15 ff.
- Becker, Ulrich/Meeßen, Iris/Neueder, Magdalena/Schlegelmilch, Michael/Schön, Markus/Vilaclara, Ilona, Strukturen und Prinzipien der Leistungserbringung im Sozialrecht, VSSR 2011, S. 232 ff., VSSR 2012, S. 1 ff. und 103 ff.
- Bernöster, Thomas, Grundlagen zur aktuellen Familienpolitik in Deutschland, Erlangen/Nürnberg 1999.
- Bertram, Hans/Bujard, Martin, Zur Zukunft der Familienpolitik, in: dies. (Hrsg.), Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik, Baden-Baden 2012, S. 3 ff.
- Beveridge, William, Social Insurance and Allied Services, November 1942, Nachdruck London 1984.

Grundlegung

- Birg, Herwig*, Demographische Wirkungen politischen Handelns, in: *Klose, Hans-Ulrich* (Hrsg.), *Altern hat Zukunft*, Opladen 1993, S. 52 ff.
- Birg, Herwig*, Perspektiven der demographischen Entwicklung Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: *Frankfurter Institut* (Hrsg.), *Prosperität in einer alternden Gesellschaft*, Frankfurt 2000, S. 25 ff.
- Bock, Kathrin/Timmermann, Dieter*, Wie teuer sind unsere Kindergärten, Neuwied u.a. 2001.
- Bock-Pünder, Stephanie*, Rechtsanspruch auf Besuch eines Kindergartens, Berlin 1998.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang*, Elternrecht – Recht des Kindes – Recht des Staates, Zur Theorie des verfassungsrechtlichen Elternrechts und seiner Auswirkung auf Erziehung und Schule, in: *Krautschäidt, Joseph/Marré, Heiner* (Hrsg.), *Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche*, Münster 1980, S. 54 ff.
- Bonin, Holger/Spiess, C. Katharina/Stichnoth, Holger/Wrohlich, Katharina*, Familienpolitische Maßnahmen in Deutschland – Evaluationen und Bewertungen, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2014, S. 5 ff.
- Borchert, Jürgen*, Die Berücksichtigung familiärer Kindererziehung im Recht der gesetzlichen Rentenversicherung, Ein Beitrag zur Rentenreform, Berlin 1981.
- Borchert, Jürgen*, Renten vor dem Absturz, Ist der Sozialstaat am Ende?, Stuttgart 1994.
- Borchert, Jürgen*, Der „Wiesbadener Entwurf“ einer familienpolitischen Strukturreform des Sozialstaats, in: *Hessisches Staatsministerium* (Hrsg.), *Die Familienpolitik muss neue Wege gehen! Der „Wiesbadener Entwurf“ zur Familienpolitik*, Wiesbaden 2003, S. 21 ff.
- Börsch-Supan, Axel*, Population Aging, Social Security Design and Early Retirement, Journal of Institutional and Theoretical Economics 1992, S. 533 ff.
- Broberg, Anders/Hwang, Philipp*, Child care in Sweden, in: *Melhuish, Edward C./Moss, Peter* (Hrsg.), *Day Care for Young Children – International Perspectives*, London 1991, S. 75 ff.
- Brosius-Gersdorf, Frauke*, Demografischer Wandel und Familienförderung, Hannover 2011.
- Buhr, Petra*, Armut durch Kinder – zur Logik der Benachteiligung von Familienarbeit im Sozialstaat, in: *Netzler, Andreas/Opielka, Michaela* (Hrsg.), *Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik*, Opladen 1998, S. 71 ff.
- Buhr, Petra/Huinink, Johannes*, Die Bedeutung familienpolitischer Maßnahmen für die Entscheidung zum Kind, ZSR 58 (2012), S. 315 ff.
- Bujard, Martin*, Familienpolitik und Geburtenrate – Ein internationaler Vergleich, Berlin 2011 (abrufbar unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Familienpolitik-und-Geburtenrate,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>; Stand 14.05.2014).
- Bundesministerium für Familie und Senioren, Familien und Familienpolitik* (Hrsg.) – Zukunft des Humanvermögens, fünfter Familienbericht, BT-Drucks. 12/7560, Bonn 1994.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Hrsg.), Handbuch der örtlichen und regionalen Familienpolitik, Hannover 1996.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Hrsg.), Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, Bonn 1998.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Hrsg.), Kinder und ihre Kindheit in Deutschland, Eine Politik für Kinder im Kontext von Familienpolitik, Stuttgart 1998.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Hrsg.), Stellungnahmen des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim BMFSFJ zum Erziehungsgeld und zur Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs nach den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom 10. November 1998, Stuttgart 2000.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Gerechtigkeit für Familien, Stuttgart 2002.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Abschätzung der (Brutto-)Einnahmeeffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen, Anreize für Kommunen, mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereitzustellen, Ergebnisse einer Studie des DIW, Berlin 2003.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Siebter Familienbericht – Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin 2006.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Dokumentation der Tagung „Eigenverantwortung, private und öffentliche Solidarität – Rollenleitbilder im Familien- und Sozialrecht im europäischen Vergleich“ in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, 4.-6.10.2007, Villa Vigoni in Como/Italien, Baden-Baden 2008.

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), Der Kinderwunsch in der modernen Industriegesellschaft, Stuttgart u.a. 1980.

Bundesverband Neue Erziehung e.V. (Hrsg.), Wie privat sind Kinder in unserer Gesellschaft? Grafschaft 1994.

Bünger, Fritz Emil, Familienpolitik in Deutschland, Berlin u.a. 1970.

Buskotte, Andrea, Zur kindgerechten Wohnung, in: *Gernert, Wolfgang* (Hrsg.), Über die Rechte des Kindes, Stuttgart u.a. 1992, S. 79 ff.

Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit, Opladen 2002.

Calliess, Christian/Ruffert, Matthias (Hrsg.), EUV, AEUV: Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta; Kommentar, 4. Auflage, München 2011.

Castles, Francis G., The world turned upside down: below replacement fertility, changing preferences and family-friendly public policy in 21 OECD countries, Journal of European Social Policy 2003, S. 209 ff.

Colberg-Schrader, Hedi, Kinderbetreuung – Elternsache und Teil einer kommunalen Kinderpolitik, WSI-Mitteilungen 1991, S. 74 ff.

Colberg-Schrader, Hedi/Zehnbauer, Anne, Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, Bedarfsplanung, Notlösungen, alternative Angebote, Deutsches Jugendinstitut, München 1996.

Committee on the Rights of the Child (Hrsg.), General Comment No. 5 (2003): General measures of the Convention on the Rights of the Child (arts. 4, 42 and 44, para. 6), 2003 (abrufbar unter: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G03/455/14/PDF/G0345514.pdf?OpenElement>; Stand: 02.07.2014).

Danhel, Günter, Vorwort, in: *Wingen, Max* (Hrsg.), Bevölkerungsbewusste Familienpolitik, Wien 2003.

Davy, Ulrike, Soziale Gleichheit: Voraussetzung oder Aufgabe der Verfassung?, in: VVDStRL 68, Die Erosion von Verfassungsvoraussetzungen, Berlin 2009, S. 122 ff.

Dethloff, Nina/Maschwitz, Alexandra, Kinderrechte in Europa – wo stehen wir?, FPR 2012, S. 190 ff.

Diekmann, Laura-Christin/Plünnecke, Axel/Seyda, Susanne, Sozialbilanz Familie: Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik, in: *Institut der deutschen Wirtschaft Köln* (Hrsg.), Analysen: Forschungsberichte aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 40, Köln 2008.

Di Fabio, Udo, Das Recht offener Staaten, Tübingen 1998.

Di Fabio, Udo, Der Schutz von Ehe und Familie: Verfassungsentscheidung für die vitale Gesellschaft, NJW 2003, S. 993 ff.

Grundlegung

- Di Fabio, Udo*, Die Kultur der Freiheit, München 2005.
- Dingeldey, Irene*, Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich, WSI Mitteilungen 2002, S. 154 ff.
- Dinkel, Reiner*, Kinder- und Alterslastenausgleich bei abnehmender Bevölkerung, Finanzarchiv 1981, S. 134 ff.
- Ditch, John/Barnes, Helen/Bradshaw, Jonathan*, A synthesis of national family polices 1995, York 1996.
- Ditch, John/Bradshaw, Jonathan/Eardley, Tony* (Hrsg.), Developments in National Family Policies in 1994, York 1995.
- Dorbritz, Jürgen*, Trends der Geburtenhäufigkeit in Niedrig-Fertilitäts-Ländern und Szenarien der Familiengestaltung in Deutschland, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1998, S. 179 ff.
- Dornbusch, Hans-Ludwig*, Kinderlastenausgleich, Bonn 1982.
- Dreier, Horst* (Hrsg.), Grundgesetz Kommentar, Bd. 1, 2. Auflage, Tübingen 2004.
- Eichhorst, Werner/Thode, Eric*, in: *Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.), Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Benchmarking Deutschland, Gütersloh 2002 (abrufbar unter: http://www.familienhandbuch.de/cms/Familienpolitik_Vereinbarkeit.pdf; Stand: 12.05.2014).
- Engelbrech, Gerhard*, Transferzahlungen an Familien – demografische Entwicklung und Chancengleichheit, WSI Mitteilungen 2002, S. 139 ff.
- Enste, Dominik/Hüskamp, Nicola/Schäfer, Holger*, Familienunterstützende Dienstleistungen: Marktstrukturen, Potenziale und Politikoptionen, in: *Institut der deutschen Wirtschaft Köln* (Hrsg.), Analysen: Forschungsberichte aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 44, Köln 2009.
- Erichsen, Hans Uwe*, Elternrecht – Kindeswohl – Staatsgewalt, Zur Verfassungsmäßigkeit staatlicher Einwirkungsmöglichkeiten auf die Kindeserziehung durch und aufgrund von Normen des elterlichen Sorgerechts und des Jugendhilferechts, Berlin 1985.
- Esenwein-Rothe, Ingeborg*, Einführung in die Demographie, Wiesbaden 1982.
- Esping-Andersen, Gösta*, The Three Worlds of Welfare Capitalism, 1. Auflage, Cambridge 1990.
- Esping-Andersen, Gösta* (Hrsg.), Why we need a New Welfare State, Oxford 2002.
- Eurofound* (Hrsg.), Parenting support in Europe, Dublin 2013 (abrufbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2012/701/en/1/EF12701EN.pdf>; Stand: 11.07.2014).
- Europäische Kommission* (Hrsg.), Europäische Sozialstatistik Bevölkerung, Luxemburg 2002, S. 45 ff.
- Eurostat* (Hrsg.), Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft, diverse Jahrgänge, Luxemburg/Brüssel, verschiedene Jahrgänge.
- Eurostat* (Hrsg.), Jahrbuch, Europa im Blick der Statistik, 1987-1997, Luxemburg 1999.
- Evers, Adalbert/Lewis, Jane/Riedel, Birgit*, Developing child-care provisions in England and Germany: problems of governance, JESP 15 (2005), S. 195 ff.
- Fasshauer, Stephan*, Besteht ein Zusammenhang zwischen Alterssicherungssystemen und Geburtenrate, DRV 2006, S. 305 ff.
- Felix, Dagmar*, Das Zweite Gesetz zur Familienförderung, NJW 2001, S. 3073.
- Felix, Dagmar*, Das Kind im Sozialrecht, in: *Bork, Reinhard/Repken, Tilman* (Hrsg.), Das Kind im Recht, Berlin 2009, S. 105 ff.
- Fink, Ulf*, Der neue Generationenvertrag, München 1988.
- Fortin, Jane*, Children's Rights and the Developing Law, 3. Auflage, Cambridge u.a. 2009.
- Fridberg, Torben*, Familien- und Kinderbetreuungspolitik in Dänemark, in: *Leipert, Christian* (Hrsg.), Aufwertung der Erziehungsarbeit, Europäische Perspektiven einer Strukturreform der Familien- und Gesellschaftspolitik, Opladen 1999, S. 197 ff.

- Friedman, Milton*, The Case for the Negative Income Tax: A View from the Right, in: *Bunzel, John H.* (ed.), *Issues of American Public Policy*, Englewood Cliffs u.a 1966.
- Friedrich-Ebert-Stiftung* (Hrsg.), Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?, Bonn 1997.
- Fuchs, Maximilian*, Welche Maßnahmen empfehlen sich, um die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie zu verbessern? Gutachten für den 60. Deutschen Juristentag, in: 60. Deutscher Juristentag, 1994, S. F9 ff.
- Fuhrmann, Martin*, Volksvermehrung als Staatsaufgabe? Bevölkerungs- und Ehepolitik in der deutschen politischen und ökonomischen Theorie des 18. und 19. Jahrhunderts, Paderborn u.a. 2002.
- Gauthier, Anne H.*, Public policies affecting fertility and families in Europe: A survey of the 15 member states, Sevilla, 2000 (veröffentlicht unter: http://www.unav.es/icf/main/documentos/Gauthier_Public-policies-fertility.pdf; Stand: 12.05.2014).
- Gauthier, Anne H.*, Family Policies and Families' Well-being: An International Comparison, in: *Cleveland, Gordon* (Hrsg.), Our Children's Future, Toronto, 2001, S. 251 ff.
- Geisler, Hans*, Erziehungsgehalt – Ein Weg zur besseren Anerkennung von Erziehungsleistungen, in: *Jans, Bernhard/Habisch, Andre/Stutzer, Erich* (Hrsg.), Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale: Max Wingen zum 70. Geburtstag, Grafschaft 2000, S. 255 ff.
- Geissler, Heiner*, Die Anerkennung der Familienarbeit, in: *Bundesministerium für Familie und Senioren* (Hrsg.), 40 Jahre Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Neuwied 1993, S. 105 ff.
- Girndt, Cornelia*, Konzern Stadt, Die Mitbestimmung 1995, S. 36 ff.
- Goebbels, Wiebke*, Die familiengerechte Besteuerung – Dargestellt am Beispiel des einkommensteuerlichen Familienleistungsausgleichs, Frankfurt am Main u.a. 2000.
- Gormley, William/Peters, B. Guy*, National Styles of Regulation: Child care in three countries, Policy Science 1991, S. 381 ff.
- Grabenwarter, Christoph/Pabel, Katharina*, Europäische Menschenrechtskonvention, 5. Aufl., München 2012.
- Grabenwarter, Christoph*, European Convention on Human Rights – Commentary, München/Oxford/Baden-Baden/Basel 2014.
- Grabitz, Eberhard* (Hrsg.), Grundrechte in Europa und USA, Kehl 1986.
- Graser, Alexander*, Integration aus rechtlicher Perspektive, in: *Becker, Ulrich/Graser, Alexander* (Hrsg.), Perspektiven der schulischen Integration von Kindern mit Behinderung – Vergleichende und interdisziplinäre Betrachtungen, Baden-Baden 2004.
- Grimm, Dieter*, Der Wandel der Staatsaufgaben und die Zukunft der Verfassung, in: *ders.* (Hrsg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden 1994, S. 613 ff.
- Grimm, Dieter* (Hrsg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden 1994.
- Gustafsson, Siv/Stafford, Frank*, Three Regimes of Childcare: The United States, the Netherlands and Sweden, in: *Blanc, Rebecca M.* (Hrsg.), Social protection versus economic flexibility: Is there a trade-off? Chicago/London 1994, S. 336 ff.
- Hagy, Alison P.*, The Demand for Child Care Quality, The Journal of Human Resources 1998, S. 683 ff.
- Halder, Gitte*, Demographischer Wandel und politische Antworten in Deutschland: Eine Simulationsstudie im Rahmen eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells, in: *Europäische Hochschulschriften*, Reihe V, Band 3303, Frankfurt a.M. u.a. 2008.
- Hantrais, Linda*, Comparing Family Policies in Europe, in: *Clasen, Jochen* (Hrsg.) Comparative Social Policy, Oxford 1999, S. 95 ff.
- Hantrais, Linda*, Gendered Policies in Europe, London/New York u.a. 2000.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich*, Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821), Frankfurt 1976 (Nachdruck).

Grundlegung

- Heldmann, Elanie*, Kinderlastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main/New York 1986.
- Herzog, Roman*, Familie und Familienpolitik in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: *Bundesministerium für Familie und Senioren* (Hrsg.), 40 Jahre Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Neuwied 1993, S. 53 ff.
- Hock, Beate*, Armut im Kindesalter, in: *Colberg-Schrader, Hedi/Oberhuemer, Pamela* (Hrsg.), Aufwachsen von Kindern, Private und öffentliche Verantwortung, Hohengehren 2001.
- Hofferth, Sandra/Philipps, Deborah*, Child Care Policy Research, Journal of Social Issues 1991, S. 1 ff.
- Höhn, Charlotte*, Zum Konzept bevölkerungsrelevanter Politiken auf dem Hintergrund eines Bevölkerungsrückgangs, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1989, S. 211 ff.
- Hohnerlein, Eva Maria*, Rechtliche Rahmenbedingungen der Ausgestaltung intergenerationaler Beziehungen im internationalen Vergleich, in: *Kocka, Jürgen/Kohli Martin/ Streeck, Wolfgang* (Hrsg.), Altern in Deutschland, Halle (Saale) 2009, S. 139-172.
- Horstmann, Sabine*, Kindererziehung und Alterssicherung, Verteilungspolitische Aspekte ausgewählter Reformvorschläge zu einer familienorientierten Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung, Grafschaft 1996.
- Hromadka, Wolfgang*, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Personalplanung 2009, S. 8 – 14.
- Huster, Ernst-Ulrich*, Kinderarmut in Deutschland, Sozialer Fortschritt 2003, S. 10 ff.
- Institut der deutschen Wirtschaft* (Hrsg.), Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenverhalten, Köln 2003.
- Institut „Finanzen und Steuern“ e.V.* (Hrsg.), Die Entwicklung der Familienbesteuerung, Bonn 2003.
- Institut für Demoskopie Allensbach* (Hrsg.), Monitor Familienleben 2012: Einstellungen und Lebensverhältnisse vom Familien; Ergebnisse einer Repräsentativbefragung im Auftrag des Bundesministerrums für Familie; Berichtsband, 2012 (abrufbar unter: http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/Monitor_Familienleben_2012.pdf; Stand: 12.05.2014).
- Isensee, Josef*, Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, DVBl. 1995, S. 1 ff.
- Jachmann, Monika*, Die Korrespondenz von Sozialrecht und Einkommensteuerrecht, NZS 2003, S. 281, 283.
- Jarass, Hans D.*, Charta der Grundrechte der Europäischen Union unter Einbeziehung der vom EuGH entwickelten Grundrechte und der Grundrechtsregelungen der Verträge; Kommentar, 2. Aufl., München 2013.
- Jönsson, Ingrid*, Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben in Schweden, WSI Mitteilungen 2002, S. 176 ff.
- Kaempfe, Jutta*, Die Systemfunktionen privater Altersvorsorge im Gesamtsystem sozialer Alterssicherung, Baden-Baden 2005.
- Kahl, Wolfgang/Waldhoff, Christian/Walter, Christian* (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Heidelberg, Stand: Dezember 2013.
- Kahl, Wolfgang*, Einleitung: Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, in: *ders.* (Hrsg.), Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, Tübingen 2008, S. 1 ff.
- Kahl, Wolfgang*, Staatsziel Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, DÖV 2009, S. 2 ff.
- Kahl, Wolfgang*, „Soziale Gerechtigkeit“ oder Generationengerechtigkeit?, ZRP 2014, S. 17 ff.
- Kahn, Alfred/Kamermann, Sheila* (Hrsg.), Family Change and Family Policies in Great Britain, Canada, New Zealand and the United States, Oxford 1997.
- Kamerman, Sheila/Kahn, Alfred* (Hrsg.), Family Policy: Government and Families in Fourteen Countries, New York 1978.
- Kamerman, Sheila/Kahn, Alfred* (Hrsg.), Maternity Policies and Working Women, New York 1983.
- Kannengießer, Walter*, Die Sozialpolitik entdeckt das Geburtedefizit, DAngVers 1979, S. 215 ff.

- Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler* (Hrsg.), Kinderfreibetrag und Grundgesetz, Heft 64, Wiesbaden 1989.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, Die Überalterung. Ursachen, Verlauf, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des demographischen Alterungsprozesses, Winterthur/Zürich 1960.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, Elemente einer soziologischen Theorie sozialpolitischer Intervention, in: *ders.* (Hrsg.), Staatliche Sozialpolitik und Familie, München/Wien 1982, S. 49 ff.
- Kaufmann, Franz-Xaver/Leisering, Lutz*, Studien zum Drei-Generationenvertrag, Bielefeld 1984.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, Zukunft der Familie im vereinten Deutschland, Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München 1995.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, Für einen kinderfreundlichen Generationenvertrag, in: *Hessisches Staatsministerium* (Hrsg.), Die Familienpolitik muss neue Wege gehen! Der „Wiesbadener Entwurf“ zur Familienpolitik, Wiesbaden 2003, S. 290 ff.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, Schrumpfende Gesellschaft, Frankfurt 2005.
- Kaufmann, Franz-Xaver/Kuijsten, Anton/Schulze, Hans-Joachim/Strohmeier, Klaus Peter* (Hrsg.), Family Life and Family Policies in Europe, Band I, Oxford 1997.
- Kilkelly, Ursula*, The Best of Both Worlds for Children's Rights? Interpreting the European Convention on Human Rights in the Light of the UN Convention on the Rights of the Child, Human Rights Quarterly 23 (2001), S. 308 ff.
- Kingreen, Thorsten*, Das Grundrecht von Ehe und Familie, Jura 1997, S. 401 ff.
- Kingreen, Thorsten*, Familie als Kategorie des Sozialrechts, JZ 2004, S. 938 ff.
- Kirchhof, Paul*, Steuergerechtigkeit und sozialstaatliche Geldleistungen, JZ 1982, S. 305 ff.
- Kirchhof, Paul*, Ehe und Familie im staatlichen und kirchlichen Steuerrecht, in: *Marré, Heiner/Stütting, Johannes* (Hrsg.), Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche (21), Münster 1986, S. 117 ff.
- Kirchhof, Paul*, Die verfassungsrechtliche Garantie der Familie als Erziehungsgemeinschaft, in: *Jans, Bernhard/Zimmermann, Georg* (Hrsg.), Familienlastenausgleich? Plädoyers für eine gerechte Familienpolitik, Berlin 1996, S. 7 ff.
- Kirchhof, Paul*, Maßstäbe für eine familiengerechte Besteuerung, ZRP 2003, S. 73 ff.
- Kirner, Ellen/Kirner, Wolfgang*, Elternurlaub und Elterngeld als Bestandteile einer Strategie zur Umverteilung von Arbeit zwischen Männern und Frauen, in: *Galler, Heinz P.* (Hrsg.), Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung, Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag, Frankfurt am Main 1998, S. 379 ff.
- Klammer, Ute*, Konturen einer modernen Familienpolitik, WSI Mitteilungen 2002, S. 126.
- Klocke, Andreas/Hurrelmann, Klaus* (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut, Opladen 1998.
- Kluth, Winfried*, Demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit, VVDStRL 68 (2009), S. 246 ff.
- Knödler, Hermann/Roscher, Roland*, Zur gesamtgesellschaftlichen Bedeutung von Kindergärten, Zeitschrift für Öffentliche und Gemeinnützige Unternehmen 1996, Heft 4, S. 446 ff.
- Köhler, Peter A.*, Sozialpolitische Aktivitäten in den Vereinten Nationen, Baden-Baden 1987.
- Kohli, Martin/Szydlik, Marc* (Hrsg.), Generationen in Familie und Gesellschaft, Opladen 2000.
- Konrad-Adenauer-Stiftung* (Hrsg.), Familienpolitik in Europa, Fachtagung, St. Augustin 1978.
- Kreyenfeld, Michaela/Spieß, Katharina C./Wagner, Gert G.* (Hrsg.), Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung, Neuwied/Berlin 2001.
- Kubon-Gilke, Gisela/Seelisch, Winfried*, Äquilibristik der Familienpolitik: Finanzielle Unterstützung von Familien und Rekombination von Erwerbs- und Familienarbeit, Sozialer Fortschritt 2003, S. 288 ff.
- Kuczynski, Robert René*, Fertility and Reproduction, New York 1932.

Grundlegung

- Külp, Bernhard/Schreiber, Winfried* (Hrsg.), Soziale Sicherheit, Köln 1971.
- Lampert, Heinz/Wingen, Max*, Familien und Familienpolitik, Köln 1986.
- Lampert, Heinz*, Priorität für die Familie, Berlin 1996.
- Lampert, Heinz*, Der Generationenvertrag in der Bewährung, Kirche und Gesellschaft, Nr. 253, 1999, S. 3 ff.
- Langer-El Sayed, Ingrid*, Familienpolitik, Frankfurt am Main 1980.
- Lehner, Moris*, Einkommenssteuerrecht und Sozialhilferecht, Tübingen 1993.
- Leipert, Christian/Opielka, Michael* (Hrsg.), Child Care Salary 2000, 1. Auflage, Bonn 1999.
- Leipert, Christian*, Aufwertung der Erziehungsarbeit, Europäische Perspektiven einer Strukturreform der Familien- und Gesellschaftspolitik, Opladen 1999.
- Leisering, Lutz*, Sozialstaat und demographischer Wandel, Frankfurt am Main/New York 1992.
- Leisering, Lutz*, Alternde Bevölkerung – veralternder Sozialstaat? Demographischer Wandel als Politik, Politik und Zeitgeschichte 1996, S. 13 ff.
- Lenze, Anne*, Staatsbürgerversicherung und Verfassung, Tübingen 2005.
- Letablier, Marie-Therese*, Kinderbetreuungspolitik in Frankreich und ihre Rechtfertigung, WSI Mitteilungen 2002, S. 169 ff.
- Lüdeke, Reinar*, Kinderkosten, umlagenfinanzierte Rentenversicherung, Staatsverschuldung und integrative Einkommensverteilung, in: *Kleinhenz, Gerhard* (Hrsg.), Soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft, Festschrift zum 65. Geburtstag für Heinz Lampert, Berlin 1995, S. 151 ff.
- Ludwig, Isolde/Schlevogt, Vanessa*, Bessere Zeiten für erwerbstätige Mütter, WSI Mitteilungen 2002, S. 133 ff.
- Lyon, Christina M.*, Children's Participation and the Promotion of their Rights, Journal of Social Welfare & Family Law, No. 2, 2007, S. 99 ff.
- Maydell, Bernd Baron von*, Sach- und Kollisionsnormen im internationalen Sozialversicherungsrecht, Berlin 1967.
- Menniti, Adele/Moors, Hein*, The Image of the State regarding Welfare Policies, in: *Palomba, Rossella/Moors, Hein* (Hrsg.), Population, Family and Welfare, Band II, Oxford 1998, S. 163 ff.
- Merk, Kurt-Peter*, Die Dritte Generation, Aachen 2002.
- Micklewright, John/Stewart, Kitty* (Hrsg.), The welfare of Europe's children, Bristol 2000.
- Millar, Jane/Warman, Andrea*, Family Obligations in Europe, London 1996.
- Morel, Nathalie/Palier, Bruno/Palme, Joakim*, Towards a social investment welfare state?, Bristol 2012.
- Münch, Ursula*, Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg 1990.
- Nell-Breuning, Oswald/Fetsch, Cornelius* (Hrsg.), Drei Generationen in Solidarität: Rückbesinnung auf den echten Schreiber-Plan, Köln 1981, S. 27 ff.
- Netzler, Andreas*, Soziale Gerechtigkeit durch Familienlastenausgleich, Berlin 1985.
- Netzler, Andreas/Opielka, Michael* (Hrsg.), Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik, Opladen 1998.
- Nipperdey, Justus*, Die Erfindung der Bevölkerungspolitik. Staat, politische Theorie und Population in der Frühen Neuzeit, Göttingen 2012.
- Nullmeier, Frank*, Neue Anforderungen an einen demokratischen Sozialstaat, in: *Carigiet, Erwin u.a.* (Hrsg.), Wohlstand durch Gerechtigkeit, Zürich 2006.
- Oberhauser, Alois*, Familienlastenausgleich und Familienbesteuerung, in: *Kleinhenz, Gerhard* (Hrsg.), Soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft, Festschrift zum 65. Geburtstag von Heinz Lampert, Berlin 1995, S. 185 ff.

- OECD* (Hrsg.), *Babies and Bosses – Reconciling Work and Family Life*, 2007.
- Oeter, Ferdinand*, Defizite des Familienlastenausgleichs und Elemente eines neuen Familienlastenausgleichs, in: *Lücker-Aleman, Karin* (Hrsg.), *Familienförderung oder –Ausbeutung? Die Zukunft des Familienlastenausgleichs*, Münster 1995, S. 29.
- Olmsted, Patricia P./Weikart, David P.*, *How Nations Serve Young Children: Profiles of Child Care and Education in 14 Countries*, Ypsilanti 1989.
- Opielka, Michael*, Bezahlte Elternschaft, Zeitschrift für Sozialreform 1997, S. 891 ff.
- Opielka, Michael*, Familie und Beruf, Eine deutsche Geschichte, Aus Politik und Zeitgeschichte 2002, S. 20 ff.
- Pechstein, Matthias*, Familiengerechtigkeit als Gestaltungsgebot für die staatliche Ordnung, Baden-Baden 1994.
- Pettinger, Rudolf*, Zum gesellschaftlichen Wandel von Familien – Konsequenzen für die Kinderbetreuung, in: *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Hrsg.), *Kinderbetreuung in Tagespflege*, Stuttgart 1996, S. 29 ff.
- Peuckert, Rüdiger*, Familienformen im sozialen Wandel, 4. Auflage, Opladen 2002
- Plantenga, Janneke/Koopmans, Ivy*, Freistellungsregelungen für Sorgearbeit und ihre praktische Bedeutung im internationalen Vergleich, WSI Mitteilungen 2002, S. 161 ff.
- Quade, Benno*, Verantwortung und ihre Zuschreibung im Recht der Arbeitsförderung. Eine rechtsvergleichende Untersuchung der „Arbeitsförderungssysteme“ der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2009.
- Raffelhäuschen, Bernd/Walliser, Jan*, Was hinterlassen wir zukünftigen Generationen? Ergebnisse der Generationenbilanzierung, in: *Knappe, Eckhard/Winkler, Albrecht* (Hrsg.), *Sozialstaat im Umbruch*, Frankfurt/New York 1997, S. 65 ff.
- Ramelow, Ursula*, Familienpolitik in der Kommune – Anmerkungen aus der lokalen Praxis, in: *Konrad-Adenauer-Stiftung* (Hrsg.), *Die Zukunft der Familie*, St. Augustin 1998, S. 31 ff.
- Randall, Vicky*, Childcare policy in the European states: limits to convergence, Journal of European Public Policy 2000, S. 346 ff.
- Reich, Nora*, Deutsche Familienpolitik im internationalen Vergleich, in: *Wirtschaftsdienst*, Band 88 (2008), 12, S. 816-822.
- Reichelt-Pahl, Susanne*, Die Aufgaben des staatlichen Kindergeldes und sein Einfluß auf den Unterhalt ehelicher Kinder, Berlin 1991.
- Renner, Yvonne*, Familienlasten- oder Familienleistungsausgleich?, Berlin 2000.
- Renner, Günter/Bergmann, Jan/Dienelt, Klaus*, Ausländerrecht – Aufenthaltsgesetz, Freizügigkeitsgesetz/EU und ARB 1/80 (Auszug), Grundrechtecharta und Artikel 16a GG, Asylverfahrensgesetz; Kommentar, 10. Auflage, München 2013.
- Robbers, Gerhard*, in: *Mangoldt, Hermann von/Klein, Friedrich/Starck, Christian* (Hrsg.), GG, Bd. 1, 5. Auflage, München 2005, Art. 6 Rdnr. 145 ff.
- Roos, Lothar*, Was ist (uns) Familienarbeit wert? in: *Goldschmidt, Nils/Beestermöller, Gerhard/Steger, Gerhard* (Hrsg.), *Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen*, Norbert Glatzel zum 65. Geburtstag, Münster 2002, S. 191 ff.
- Rostgaard, Tine/Fridberg, Torben*, *Caring for Children and Older People*, Kopenhagen 1998.
- Ruf, Thomas*, Aufgabe und Stellung der Familie in der Gesellschaft, in: *Gesellschaft für Versicherungswissenschaft* (Hrsg.), *Familienlastenausgleich in der BRD*, Bergisch-Gladbach 1989, S. 14.
- Ruland, Franz*, Familie und Alterssicherung, FamRZ 2004, S. 493 ff.
- Rürup, Bernd*, Zum Problem der langfristigen Alterssicherung, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 27/1979, S. 26 ff.

Grundlegung

- Schäfer, Bernd*, Familienlastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1996.
- Scheiwe, Kirsten*, Kinderkosten und Sorgearbeit im Recht, Eine rechtsvergleichende Studie, Frankfurt a.M. 1999, S. 1 ff.
- Scheiwe, Kirsten*, Rechtliche Rahmenbedingungen der Kindertageseinrichtungen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt – das deutsche Modell aus vergleichender Perspektive, in: *dies./Schuler-Harms, Margarete* (Hrsg.), Aktuelle Rechtsfragen der Familienpolitik aus vergleichender Sicht, Baden-Baden 2008, S. 78 ff.
- Schmähl, Wilfried*, Generationenkonflikte und „Alterslast“, in: *Becker, Irene/Ott, Notburga/Rolf, Gabriele* (Hrsg.), Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, Frankfurt/Main 2001, S. 176 ff.
- Schnabel, Thomas*, Familienlastenausgleich – Anspruch und Wirklichkeit seit 100 Jahren, Neuwied 1987.
- Schreiber, Wilfried*, Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft, Vorschläge zur Sozialreform, Köln 1955.
- Schreiber, Wilfried*, Kindergeld im sozio-ökonomischen Prozeß, Familienlastenausgleich als Prozeß zeitlicher Kaufkraft-Umschichtung im Individualbereich, Köln 1964.
- Schreiber, Wilfried*, Sozialpolitische Perspektiven, Köln 1972.
- Schubnell, Hermann*, Sterben die Europäer aus?, in: *Franke, Lutz/Jürgens, Hans W.* (Hrsg.), Keine Kinder – Keine Zukunft?, Wiesbaden 1978, S. 9 ff.
- Schuler-Harms, Margarete*, Regelungsmodelle des Familienleistungsausgleichs zwischen staatlicher Nachwuchssicherung und familiärer Gestaltungsfreiheit – Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Rechtsvergleich, in: *Scheiwe, Kirsten/dies* (Hrsg.), Aktuelle Rechtsfragen der Familienpolitik aus vergleichender Sicht, Baden-Baden 2008, S. 14 ff.
- Schwarz, Karl*, Demographische Wirkungen der Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in den Bundesländern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Felderer, Bernhard* (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft, Berlin 1990, S. 496 ff.
- Schwarze, Jürgen/Becker, Ulrich/Hatje, Armin/Schoo, Johann* (Hrsg.), EU-Kommentar, 3. Auflage, Baden-Baden 2012.
- Sinn, Hans-Werner*, Ist Deutschland noch zu retten?, Berlin 2005.
- Sleebos, Joëlle*, Low Fertility Rates in OECD Countries: Facts and Responses, OECD Working Paper, Paris 2003.
- Soler Roch, Maria Teresa* (Hrsg.), Family Taxation in Europe, London 1999.
- Spieß, Katharina/Wagner, Gert*, Verbesserung der außerhäusigen Kinderbetreuung – geordneter Wettbewerb statt öffentliches Angebot? Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1997, Nr. 4, S. 104 ff.
- Spieß, Katharina*, Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Fakten, Mängel und Reformen, Sozialer Fortschritt 2003, S. 17 ff.
- Statistisches Bundesamt* (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Mainz/Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge.
- Statistisches Bundesamt* (Hrsg.), Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. Koordinierte Bevölkerungsrausberechnung, Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18. November 2009 in Berlin, Wiesbaden 2009 (abrufbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile); Stand: 12.05.2014).
- Statistisches Bundesamt* (Hrsg.), Fachserie 1 Reihe 1.1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Natürliche Bevölkerungsbewegung 2012, Wiesbaden, 2014 (abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsbewegung/Bevoelkerungsbewegung2010110127004.pdf?__blob=publicationFile; Stand: 12.05.2014).

- Stiftung für Zukunftsfragen* (Hrsg.), *Forschung aktuell*, 248, 34. Jahrgang, 2013 (abrufbar unter: www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/uploads/media/Forschung-Aktuell-248-Weshalb-die-Deutschen-keine-Kinder-bekommen_01.pdf; Stand: 14.05.2014).
- Stock, Günter/Bertram, Hans/Fürnkranz-Prskawetz, Alexia/Holzgreve, Wolfgang/Kohli, Martin/Staudinger, Ursula M.*, (Hrsg.), *Zukunft mit Kindern. Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Frankfurt a.M./ New York 2012.
- Stolleis, Michael*, Möglichkeiten der Fortentwicklung des Rechts der Sozialen Sicherheit zwischen Anpassungzwang und Bestandsschutz, Gutachten N zum 55. DJT, München 1984, S. N9 ff.
- Stolleis, Michael*, *Geschichte des Sozialrechts in Deutschland*, Stuttgart 2003.
- Tünnemann, Margit*, *Der verfassungsrechtliche Schutz der Familie und die Förderung der Kindererziehung im Rahmen des staatlichen Kinderleistungsausgleichs*, Berlin 2002.
- UNICEF Innocenti Research Centre* (Hrsg.), *Measuring child poverty: New league tables of child poverty in the world's rich countries*, Florenz 2012 (abrufbar unter: http://www.unicef-irc.org/publications/pdf/rc10_eng.pdf; Stand: 13.05.2014).
- Unnerstall, Herwig*, *Rechte zukünftiger Generationen*, Würzburg 1999.
- Vleminckx, Koen/Smeeding, Timothy M.*, *Child Well-Being, Child Poverty and Child Policy in Modern Nations*, Bristol 2000.
- Wannenwetsch, Bernd*, Von Wert und Würde der Familie, in: *Krüsselberg, Hans-Günter/Reichmann, Heinz* (Hrsg.), *Zukunftsperspektive Familie und Wirtschaft*, Grafschaft 2002, S. 343 ff.
- Weizsäcker, Robert von*, *Bevölkerungsentwicklung, Rentenfinanzierung und Einkommensverteilung*, Berlin u.a. 1993.
- Werding, Martin*, Umlagefinanzierung als Humankapitaldeckung, Grundrisse eines erneuerten Generationenvertrages, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 1999, S. 491 ff.
- Werding, Martin*, *Familienpolitik für junge Familien*, München 2001.
- Werding, Martin/Hofmann, Herbert*, Die fiskalische Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Sozialsystem, *Ifo-Schnelldienst*, Bd. 59 (2006), 2, S. 28 – 36.
- West, Edwin G.*, *Education Vouchers in Principle and Practice, a Survey*, *The World Bank Research Observer* 1997, S. 83 ff.
- Willeke, Franz-Ulrich/Onken, Ralph* (Hrsg.), *Allgemeiner Familienlastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/New York 1990.
- Wingen, Max*, *Vierzig Jahre Familienpolitik in Deutschland – Momentaufnahmen und Entwicklungslinien*, Grafschaft 1993.
- Wingen, Max*, *Familienpolitik*, Stuttgart 1997.
- Wingen, Max*, *Erziehungseinkommen*, Wien 1999.
- Wingen, Max*, *Familienpolitische Denkanstöße – Sieben Abhandlungen*, Band 1, Grafschaft 2001.
- Wolff, Wilfried*, *Die Rechtsgestaltung des Kinderlastenausgleichs*, Frankfurt am Main u.a. 1994.
- Zacher, Hans F.* (Hrsg.), *Methodische Probleme des Sozialrechtsvergleichs*, Berlin 1977.
- Zacher, Hans F.* (Hrsg.), *Sozialrechtsvergleich im Bezugsrahmen internationalen und supranationalen Rechts*, Berlin 1978.
- Zacher, Hans F.*, *Grundtypen des Sozialrechts*, in: *Herzog, Roman u.a.* (Hrsg.), *Festschrift für Zeidler*, Berlin 1987, S. 571, 582 ff.
- Zacher, Hans F.*, *Sozialrecht*, in: *Staatslexikon*, 7. Aufl., Bd. 5, Freiburg u.a. 1989.
- Zacher, Hans F.*, *Die Grundstrukturen des Sozialleistungsrechts als Bauelemente der Alterssicherung*, in: *ders.* (Hrsg.), *Alterssicherung im Rechtsvergleich*, Baden-Baden 1991, S. 39.

Grundlegung

Zacher, Hans F., Die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat: eine Geschichte des sozialen Ein schlusses im Zeichen von Nationalisierung und Internationalisierung, ZIAS 2002, S. 193 ff.

Zacher, Hans F., Kinder und Zukunft – Einige Anmerkungen zur intergenerationellen Solidarität, in: Lorenz, Stephan u.a. (Hrsg.), Festschrift für Andreas Heldrich zum 70. Geburtstag, München 2005, S. 1211 ff.

Zacher, Hans F., Universale Menschenrechte und die Wirklichkeit der globalen Welt – das Beispiel Kin derrechte –, ZIAS 2007, S. 66 ff.

Unterhalts- und Betreuungsleistungen für Kinder in Deutschland

Eva Maria Hohnerlein